



Sevim Dağdelen

Mitglied des Deutschen Bundestages

☎ (030) 227 – 71352

☎ (030) 227 – 76852

✉ sevim.dagdelen@bundestag.de

EUROPÄISCHES PARLAMENT



Tobias Pflüger

Mitglied des Europäischen Parlaments

☎ 0032-2-284 55 55

☎ 0032-2-284 95 55

✉ tpflueger@europarl.eu.int

S.E. Konstantinos D. Tritaris

Botschafter von Griechenland

Jägerstrasse 55

D-10117 Berlin

Berlin, 2007-06-21

Protest gegen die Inhaftierung von deutschem Bildungs-Streik-Unterstützer in Thessaloniki

S.E. Konstantinos D. Tritaris,

anlässlich der Verhaftung des deutschen Bildungs-Streik-Unterstützers, Timo B., in Thessaloniki, möchten wir Sie nachdrücklich bitten, sich für die Freilassung und die schnellstmögliche Einstellung des Verfahrens gegen Timo B. einzusetzen.

Seit dem 21. Februar 2007 befindet sich der 31-jährige Timo B. in griechischer Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, am 21. Februar 2007 in der Zeit zwischen 3.55 Uhr und 4.15 Uhr gemeinsam mit 70 anderen unbekannt Personen Mülltonnen der Stadt Thessaloniki in Brand gesetzt und anschließend an Auseinandersetzungen vor der Aristoteles-Universität Thessaloniki beteiligt und auf die Internationale Messe von Thessaloniki verschiedene Gegenstände wie Molotowcocktails u.a. geworfen zu haben. Es wird ihm des Weiteren vorgeworfen bei seiner Festnahme Widerstand geleistet zu haben.

Timo B. bestreitet die Tatvorwürfe vehement und hat durch seinen griechischen Anwalt einen Haftprüfungsantrag stellen lassen.

Timo B. half bei einem studentisch organisierten Konzert an der besetzten Aristoteles Universität in Thessaloniki. Das Konzert lief bis ca. 4.00 Uhr morgens und Timo B. hat gemeinsam mit anderen Personen den Veranstaltern beim Abmontieren und Aufräumen der Geräte geholfen. Währenddessen gab es Auseinandersetzungen vor der Universität, bei denen ein Teil der Studenten von den Polizisten in die Universität zurück getrieben wurde. Dabei wurde Tränengas eingesetzt. Timo B. und andere, beim Abbau der Anlage beschäftigte Personen waren ebenfalls vom Tränengas betroffen und flüchteten ins Freie. Dabei wurde Timo B. von zwei griechischen Polizeibeamten festgenommen. Seine Festnahme beruht ausschließlich auf der Aussage der beiden Polizeibeamten. Gegen die Aussagen der Polizeibeamten steht Timo B.'s eigene Aussage sowie eine bestätigende Aussage einer Frau, die gemeinsam mit ihm bis kurz vor seiner Festnahme am Abbau der Anlage beteiligt gewesen ist. Gegen die erheblichen Tatvorwürfe der Polizei spricht die Tatsache, dass Timo B. in Thessaloniki unbekannt war, nieman-

den, der an den militanten Auseinandersetzungen Beteiligten, kannte und als einziger von 200 Beteiligten nicht verummumt gewesen sein soll. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass bei seiner Festnahme überhaupt keinerlei Anzeichen dafür gefunden wurden, dass er an militanten Auseinandersetzungen beteiligt war, keine Spuren von Molotowcocktails und erst recht keine der üblichen Tatwerkzeuge, wie Vermummungsutensilien oder Gegenstände, die sich bei einer Auseinandersetzung einsetzen lassen, insbesondere auch kein Feuerzeug oder auch keine Streichhölzer, mit denen er das Molotowcocktail, welches er angeblich geworfen hat, hätte anzünden können. Es sprechen also – einmal von seiner eigenen Aussage abgesehen - viele Indizien dafür, dass Timo B. nicht in der ihm vorgeworfenen Art und Weise beteiligt war. Vieles spricht mithin für eine Verwechslung durch die griechischen Polizeibeamten. Demgemäß wäre das Ermittlungsverfahren nach Beendigung der Ermittlungen einzustellen.

Die Tatsache, dass Timo noch vier Monate nach den Vorfällen in Untersuchungshaft sitzt, ist rechtsstaatswidrig und mit den Prinzipien eines europäischen Strafverfahrens nicht zu vereinbaren. Er ist unbestraft und seine Eltern sind bereit, eine Kautions zu zahlen. Es besteht keine Gefahr, dass er sich dem Verfahren in Griechenland nicht stellt.

Es ist zu befürchten, dass an ihm, als dem einzigen bei den Auseinandersetzungen am 21.02.2007 Festgenommenen ein Exempel statuiert werden soll. Wir halten es für völlig inakzeptabel, dass Timo B. mittels der Untersuchungshaft, eine mögliche Strafe schon vor einem Strafverfahren absitzen muss, obwohl der Tatvorwurf derart fragwürdig ist.

Wir möchten Sie außerdem darüber informieren, dass wir uns hinsichtlich dieses Vorgangs mit einer Anfrage an die Europäische Kommission und die Bundesregierung wenden werden.

Hochachtungsvoll

Sevim Dağdelen

Tobias Pflüger

Dieser Protest wird unterstützt von:

Kornelia Möller

Inge Höger

Ulla Jelpke

Nele Hirsch